

Dresdner Volkszeitung

Hofdruckerei: Leipzig.
Raben & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Kontakto: Gbr. Arnold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Frachtgebühren monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.00 M. Einjahresnummer 80 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Verlagsleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Erscheinung nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Schließzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Abonnementspreis: die 9 gepaltene Kompertzelle 2.00 M., Familienangelegenheiten 1.50 M., die 9 gepaltene Kompertzelle 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Kräftigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Berücksichtigung der Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefsendung 30 Pf.



Nr. 202

Dresden, Mittwoch den 1. September 1920

31. Jahrg.

Sankt Sedan

Im Deutschland des Kaiserreichs, insbesondere der wilhelminischen Periode ist der Sedantag stets fleißig gefeiert worden. Nicht vom Volke, niemals! Kein Erwachsener hätte am Sedantage seine Arbeit liegen lassen und ist gegen den teuren Napoleon demonstrieren gegangen. Aber bei den Behörden war Sonntagsdienst, und die Schulkinder, besonders in Breußen, hatten schulfrei. Sie hatten leider an dem Ausfall des Unterrichts wenig Freude, denn sie wurden zu ekelhaft langweiligen Schulfeiern gezwungen, in denen ihnen Jahr für Jahr dieselbe Kindergeschichte von der rucklosen Kränkung des großen Königs Wilhelms durch den russischen Vorkämpfer Venedetti und von der „Wendung durch Gottesfügung“ vorzulesen wurde. Am Abend des Sedantages betranken sich patriotisch die Kriegervereiner.

Seidem hat Deutschland den Weltkrieg verloren. Der alte Waffenglanz ist zerbrochen, die Hohenzollernmonarchie kümmerlich gelassen. Wer mit jenem Drogen am Ideal des preußischen Leutnants hängt, „den uns keiner nachmacht“, der mag im stillen Kämmerlein am Sedantage wehmütig trauern. Wer in Deutschlands tiefer Erniedrigung, in der Not der Nation, aus der wir alle noch keinen Rettungsweg sehen, Sinn dafür hat, laut lärmend und öffentlich verflochten, gebrochene Siege zu feiern, ist ein widerlich geschmackloser Dummkopf. Durch die Forderungen ging die (falsche) Nachricht, die französische Militärmission hätte der Berliner Untergrundbahn verboten, am Sedantag Extrazüge zu fahren. Wenn die Geschichte ebenso richtig wäre, wie sie zur Verheerung erfinden ist, so hätte ein wichtiger Grund der französischen Militärmission die Antragsteller bedanken können: Meine Herren, man feiert kein Sedantag, wenn man die Erlaubnis dazu, in Berlin erst von einer französischen Kommission einholen muß. Die schlimmsten Skandalen sind die, die von den Herren die Erlaubnis erbeten, sich einen Tag lang wie freie Männer auszuüben zu dürfen. So, wie sie es verstehen — Sankt Sedantag.

Einige preußische Oberlehrer haben das nach der Revolution ergangene Verbot der schon vor dem Kriege allmählich verschwundenen Sedanfeiern nicht ertragen können. Sie haben es zu umgehen gesucht, indem sie mit ihren Schülern Ausflüge veranstalteten oder irgendeine andre Weise dem Tag einen besonderen Charakter gaben. Bis schließlich der Kultusminister, Genosse Goenisch, angeordnet hat, daß am 1. und 2. September der regelmäßige Unterricht durchzuführen ist. Daraufhin tobt die deutsch-nationale Presse: das Verbot sei ein Akt völliger Schamlosigkeit, eine Verleumdung an der deutschen Jugend und Zukunft, ein Frevel an der deutschen Ehre, eine Tat roher Unzulässigkeit, ein Verbrechen an dem heiligen Recht, sich zu Volk und Vaterland zu bekennen und die Größten seiner Väter in Ehren zu halten. Das ist ein bißchen viel auf einmal; und so groß auch die Worte sind, noch größer ist der Unfinn.

Was würde man wohl zu einem Manne sagen, der einmal zum Bürgermeister gewählt worden ist und nachdem er längst unter allgemeinem Hohngelächter das Amt hat aufgeben müssen, noch immer den Tag seiner Wahl jubelnd begeht. Das wäre gewiß ein rechter Narr. Durch die Sedanfeiern machen wir uns heute lächerlich, und der Kultusminister tut recht daran, wenn er nach besten Kräften die deutsche Schule davor behütet.

Im Spiegel des feindlichen Bundes sieht vielleicht mancher Lauer, worum es sich handelt. Am 4. September besteht die französische Republik 50 Jahre. Wegen des wilden Geschreies der Nationalisten wird aber ihre 50-Jahresfeier nicht am 4. September, sondern am 11. November gefeiert, an dem Tag, an dem man dem deutschen Volke den Waffenstillstand von Compiègne aufzwang, Elsass-Lothringen ohne Volksabstimmung annektierte und den Hungerriegel bis aufs äußerste ausbaute. Gibt es einen Menschen in Deutschland, der diese Feiern nicht als geschmacklose Herausforderung unserer Gefühle empfindet? Und nun denke man sich, die Franzosen feiern diesen 11. November fünfzig, sechzig Jahre lang; man denke sich, sie verlieren inzwischen alles, was ihnen nicht das Recht, sondern die brutale Gewalt der Waffen am 11. November 1918 errang — aber ungehindert von dem großen geschichtlichen Wandel feiern sie noch immer den Tag von Compiègne. Gerecht blühe wäre das, nicht wahr?

Die Sozialdemokratie hat Sankt Sedan nie mitgefeiert. Sie muß es grundsätzlich ablehnen, Tage zu feiern, an denen Tausende von Menschen totgeschossen worden sind; für uns sind das keine Feiertage des menschlichen Geistes. Die Sozialdemokratie hat es fastlich stets für eine Dummheit gehalten, in die offenen Wunden am Leibe Frankreichs das Salz dieser Feiern zu reiben, sie muß es heute mehr als je ablehnen, eine derartige Feiern mitzumachen, und so weit sie Einfluß auf die öffentliche Verwaltung hat, sie im Staatsbetrieb zu bulden. Mögen die Patrioten feiern was sie wollen; die Hermannsschlacht im Teutoburger Walde, die Siege des Großen Arminius oder Friedrichs des Großen, den Aufstand der Schützen Offiziere, den Aufruf zum Befreiungskriege, aber Sankt Sedan sollten sie endlich in Ruhe lassen. Denn diesen Tag bekennt das unglücklichste Kapitel deutscher Geschichte, die Zeit der Ueberhebung und des Uebermutes, der notgedrungen der tiefste Fall solten mußte ein Fall, von dem wir noch nicht wissen, ob wir uns je von ihm erholen.

Denn unsere topanennanten Nationalen eine Spur Vernunft hätten, hätten sie selbst die ersten Tage des September künftig mit Stillsitzen überlassen. Da hilft hieran bei ihnen Geschick und Urteilskraft nicht ausreichen, verdient Goenisch Dank, daß er wenigstens verboten hat, deutsche Schulen vor aller Welt zu blamieren.

Schwere Kämpfe in Belfast

Belfast, 31. August. Die Unruhen nahmen den Charakter eines Bürgerkrieges an. Der Kampf tobte die gestern den ganzen Tag. Seit Beginn der Unruhen zählt man 18 Tote und 200 Schwerverletzte. Gestern Abend erbeuteten viele Feuerbrände die Stadt. Aus einem Stadtviertel allein wurden 20 Brände gemeldet. Fast alle öffentlichen Gebäude und die meisten Geschäftshäuser stehen in Flammen. Viele Einwohner flüchten aus der Stadt. In Dublin traf Militär ein, das in Lastkraftwagen und Sonderzügen nach Belfast weiterbefördert wurde.

London, 1. September. Nach einer Meldung aus Belfast wurde gestern Abend noch an verschiedenen Stellen der Stadt geschossen. Jedoch hat sich die allgemeine Lage bedeutend gebessert.

Frankreichs Forderungen für Breslau

Breslau, 31. August. Der französische Vorkämpfer überreichte heute dem Reichsminister des Auswärtigen die Note wegen der Breslauer Vorgänge. Die Note hat folgenden Wortlaut:

- Herr Minister!
- Im Anschluß an meine Note vom 27. d. M. beehre ich mich, Eurem Excellenz die Bedingungen der Regierung der Republik für die Beilegung des ersten Zwischenfalles bekanntzugeben, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August d. J.getragen hat:
1. Das Konsulat wird von der deutschen Regierung auf ihre Kosten wieder in Hand gesetzt.
 2. Die deutsche Regierung zahlt 100000 Franc zur Entschädigung der Konsulatsbesitzer für die bei der Plünderung erlittenen materiellen Verluste, für den Schaden, der ihnen etwa durch Vernichtung ihrer auf dem Konsulat hinterlegten Wertpapiere und Urkunden entstanden sein könnte, und für die besonderen Aufwendungen, zu denen der Vorfall sie genötigt hat.
 3. Alle an dem Ueberfall Beteiligten werden ermittelt und bestraft. Das Ergebnis der Ermittlung wird der Reichsregierung acht Tage mitgeteilt.
 4. Wegen die Ortsschwere, durch deren Einwirkung die Sicherheit oder Unmöglichkeit der Ausführung des Ueberfalls möglich geworden ist, werden disziplinarische Maßnahmen getroffen, von denen die Reichsregierung im Falle der gleichen Art Mitteilung erhalt.
 5. Nach vollständiger Erfüllung dieser Bedingungen wird das Konsulat in Gegenwart des Oberpräsidenten der Provinz Schlesiens und des französischen Vorkämpfers wieder eröffnet. Die Plünderung wird gleichzeitig geahndet und nicht bis 7 Uhr abends. Eine Kompanie Reichswehr mit Wacht erweist die Ehrenbezeugung und besetzt vor dem Konsulat. Das Programm des Programms wird im Einklang mit der Reichsregierung festgelegt. Da die Regierung der Republik der Ansicht ist, daß die Gewalttat gegen das französische Konsulat in Breslau auf die nämlichen Ursachen wie die Verletzung der französischen Botschaft am 16. Juli zurückzuführen ist, verlangt sie außerdem sofortige disziplinarische Maßnahmen gegen Hauptmann v. Krahn.

Die Regierung der Republik wünscht mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Veruhigung und Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten, aber sie muß feststellen, daß eine solche friedliche Beziehungen nur dann möglich ist, wenn die beiden militärischen Vertreter in Deutschland nicht, daß es gewisse Elemente auf Herausforderungen abgesehen haben, zu denen das vorliegende Verbrechen eine Bestrafung geradezu erzwingt. Sie ist überzeugt, daß dieser unerträgliche Zustand sich von Tag zu Tag verschlimmern wird, wenn die deutsche Regierung nicht durch deutsche Maßnahme und

nachdrückliche Strafen zeigt, daß sie dem ein Ende setzen will. In diesem Sinne beehre ich mich im Auftrage meiner Regierung die Forderung zu stellen, daß die deutsche Regierung für alle Justizverfahren, deren Opfer französische Vertreter oder Konsulatsbesitzer gewesen sind, hier in der Botschaft binnen kürzester Frist durch Seine Excellenz den Reichsvorkämpfer ihr Bedauern ausdrückt und zugleich die Forderung stellt, daß die in der vorliegenden Note geforderte Genugtuung in vollem Umfange gewährt wird.

Im übrigen behalten sich die verbündeten Regierungen selbstverständlich vor, die Sühne und Wiederherstellung zu verlangen, die die Uebergriffe gegen die internationalen Konventionen und ihre Mitglieder zu fordern scheinen.

Gewürdigt Sie, Herr Minister, die Berücksichtigung meiner ausgesprochenen Forderungen.

gez.: Charles Laurent.

Vor der deutschen Antwort

Im Anschluß an die Kabinettsitzung, in der über die Note der französischen Regierung zu den Breslauer Vorgängen beraten wurde, stattete Reichsminister Dr. Simons dem französischen Vorkämpfer einen Besuch ab, um über die Einzelheiten der Note Rücksprache zu nehmen. Wie verlautet, hat Dr. Simons nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß eine Reihe der Forderungen der französischen Regierung so schwerer Natur seien, daß die deutsche Regierung sich ihre Stellungnahme noch vorbehalten müsse. Mit den einzelnen Punkten der französischen Note wird sich heute vormittag in Berlin eine Kabinettsitzung aufs neue befassen, woran sich eine Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten schließen wird.

Die Bedingungen sind von einer Härte, zu der die französischen Rechtshaber am allerwenigsten berechtigt sind. Denn gerade sie haben mit ihrer Begünstigung der polnischen Gewalttätigkeiten, mit ihrer Parteilichkeit gegen die Deutschen jene Stände in Deutschland entwickelt, welche die zu diesen bedauerlichen Ausschreitungen führten. Aber auch die deutsche Nationalitätenpresse, die jetzt ausschreit über dies „höchste tiefer Demütigung“, das die französische Note darstellt, darf sich an ihre Brust schlagen. Unsere Nationalisten sind durch die von ihnen verübte Aufspaltung der nationalen Leidenschaft an den Breslauer Vorgängen mitschuldig.

Russisch-polnische Verhandlungen in Riga

Amsterdam, 1. September. Aus Warschau melden die Tura, daß die lettlandische Regierung einer Verlegung der polnisch-russischen Verhandlungen nach Riga zugestimmt habe.

Für die Bergarbeiterforderungen

Amsterdam, 1. September. Telegramm meldet aus London: Der Reichstag, die Vereinigung der drei größten englischen Gewerkschaften, hat einen Beschluß gefaßt, daß die Forderungen der Bergarbeiter hoch und billig seien und daß sie ausgehandelt werden sollten.

Die amerikanische Kriegesflotte

Charleston (Virginia), 31. August. (Reuter.) Der Marine-Sekretär Daniels sagte in einer Rede, die Verzögerung der Ratifizierung des Vertrages von Versailles habe die Einstellung der Flottenvermehrung verhindert. Die Pläne für den Ausbau der amerikanischen Kriegsmarine seien insofern nicht abgeändert worden, Daniels sagte, wie oben aufgeführt. Der britische Schlachtschiffbau und ein Duzend anderer mächtiger Schiffe, die unter Flotte durch ihre Kampfkraft an die Spitze der Welt rücken.

Selbsthilfe im Siedlungs- und Wohnungswesen

Von Regierungsbaumeister Dr. Kruschwitz, Dresden

Unter dieser Epithete hat Hans Horst Kreisel vor einigen Tagen an dieser Stelle den neuesten Selbsthilfebestrebungen nicht nur ein Loblied gesungen, sondern sie als den Weg bezeichnet, der aus der Wohnungs- und Siedlungsnot der Zeitgenossen herausführt wird. Er hat es so hingestellt, als ob die eigene Kraft, die eigene Arbeit und das eigene Geld der Siedler diese Herausforderungen ausrotten und Elend, Enttäuschung und Miskunt, ja, daß die neuen Selbsthilfegenossenschaften immer deutlicher von den bestehenden allen Baugenossenschaften abzuheben, daß sie das ganze Siedlungswerk in neue Bahnen lenkten. Es bliebe den Tausenden und aber Tausenden der Heimatstiedler gar nichts weiter übrig, als ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, wenn sie vorwärts kommen und ihr Ziel erreichen wollten, da sie von keiner andern Seite Hilfe zu erwarten hätten.

Daß die Wohnungsnot seit der Revolution von Monat zu Monat trotz allen Abhilfemaßnahmen, trotz Vieleinbauten und Einrichtung von Notwohnungen, trotz Neubauten gefährdend anwächst, ist allen Beteiligten zur Genüge bekannt, aber unklar ist es, daß Regierungen, Landesvertretungen, Behörden und Siedlungsverwaltungen nichts getan hätten, um die Wohnungsnot zu beheben. Sie helfen den Siedlern, soweit es die jetzigen Verhältnisse zulassen. Allein in der Stadt Dresden und den beiden Vorortgemeinden Mannschaften Dresden-Alstadt und Dresden-Neustadt sind in den beiden letzten Jahren mehr als 1400 Wohnungen durch Errichtung von Neubauten geschaffen worden, geschaffen unter Gewährung von Subventionen aus öffentlichen Mitteln, die allein für diese Wohnungen mehr als 50 Millionen Mark betragen, und diese Wohnungen sind zum überwiegenden Teil Familien von Arbeiter- und Kriegskriegsbeschädigten angute genommen. Kann, wer sich seiner Verantwortung bewußt ist, dann noch behaupten, daß nichts getan sei, daß die Wohnungsnot vergeblich Hilfe erwarten. Wenn in diesem Jahre nur erst sehr wenig neue Häuser errichtet werden könnten, so hat das Ursachen, die zu behandeln nicht der Zweck dieser Zeilen ist.

Nun bin ich als langjähriger Siedlungspraktiker der letzte, der den großen moralischen und sozialen Wert der Selbsthilfe beim Wohnungsbaue unterschätzt, der nicht aus der Meinung wäre, daß die Selbsthilfe der Siedler einen mandant nicht unbedeutlichen Teil zur Verbilligung der Siedlungsarbeiten beitragen kann, aber weil ich weiß, daß der Selbsthilfe recht enge Grenzen gezogen sind und daß nur die damit verbundene Verbilligung bei den heutigen Baukosten sehr häufig sehr viel und noch mehr beitragen kann als früher die gesamten Baukosten einer Wohnung betragen haben, dies aber bei der Veranschlagung der Baukosten von neuer Friedenszeiten noch nicht den Neubau von Siedlungen ermöglicht, halte ich es im Interesse der Allgemeinheit, um diese vor Enttäuschungen zu bewahren, für dringend erforderlich, daß die Kreislichen Ausübungen rüchtigestellt und auf ihren wahren Wert zurückgeführt werden.

Was läßt sich mit der Selbsthilfe im Siedlungs- und Wohnungswesen erreichen? In der Siedlung, die von der Siedlungsverwaltung Dresden-Stadt und -Land in diesem Jahre für 66 Siedler in Alstadt begonnen worden ist, lassen die Siedler selbst Hand an, um zu ihrem Eigentum zu kommen. Sie ermöglichen damit tatsächlich die Errichtung ihrer Häuser, aber, und das ist doch nicht zu vernachlässigen, ohne ganz erhebliche öffentliche Subventionen, die eine wichtige Rolle spielen wird, wenn die Siedler nicht möglich. Sie erlauben zwar Tausende von Mark, aber Tausende von Mark kostet der Neubau.